AFRIKA 01.10.2019 | Hans-Joachim Preuss

Ware Freundschaft

Zwischen Nigeria und Benin ist ein Handelskonflikt entbrannt. Dabei stehen die persönlichen Interessen der Mächtigen im Vordergrund.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Englisch.

Handelskriege kommen derzeit schwer in Mode. Der prominenteste – und für die Weltwirtschaft gefährlichste – spielt sich unzweifelhaft zwischen den USA und China ab. Doch die Liste protektionistisch agierender Länder wächst, auch Nachbarn geraten zunehmend in Zwist miteinander. Das ist auf dem afrikanischen Kontinent nicht anders. So hat im August Nigeria seine Außengrenzen über Nacht ohne Ankündigung für viele Waren aus dem angrenzenden Benin geschlossen.

Produzenten, Marktfrauen und Straßenhändler bleiben auf ihren Erzeugnissen sitzen. Geldwechsler, Hafenarbeiter und Lkw-Fahrer sind ohne Arbeit. Am Kontrollposten *Sèmè* stauen sich auf beiden Seiten des Schlagbaums mehr als siebenhundert Trucks und Sattelschlepper mit zum Teil verderblichen Gütern. Ein Ende der Blockade, die zunächst vier Wochen andauern sollte, ist nach letzten Meldungen aus Abuja, der Hauptstadt Nigerias, nicht in Sicht.

Einen Handelskrieg kann keines der beiden Länder brauchen. Benin, ein kleiner Staat mit 11 Millionen Einwohnern und einer vorwiegend agrarisch geprägten Wirtschaftsstruktur, hängt ökonomisch vom benachbarten Nigeria ab. Dieses hat nicht nur die größte Volkswirtschaft Subsahara-Afrikas, es ist mit geschätzt 200 Millionen Einwohnern auch der bevölkerungsreichste Staat des Kontinents. Offiziell gehen nur 7 Prozent der beninischen Exporte nach Nigeria. Doch entlang der 775 Kilometer langen gemeinsamen Grenze findet an etwa 100 illegalen Grenzübergängen ein intensiver informeller Warenaustausch statt, der in die offiziellen Statistiken nicht einfließt: Gemüse, Getreide, Speiseöle und Früchte aus Benin finden regen Absatz in Nigeria, Treibstoff und Industrieprodukte von dort stehen bei den westlichen Nachbarn wiederum hoch im Kurs.

Den Wirtschaftsgiganten stört seit langem, dass Benin in großem

Maßstab Reis aus Südostasien sowie Gefrierfleisch und Gebrauchtwagen aus Europa, den USA und den Golfstaaten einführt und die Waren postwendend und meist illegal nach Nigeria weiterexportiert. Dessen Präsident Buhari erklärt die Grenzschließung denn auch mit den Risiken für die nationale Ernährungssicherung, insbesondere die Getreideproduktion. Da innerhalb der westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) im Prinzip ein freier Warenaustausch zwischen den Mitgliedsländern vereinbart ist, ist der nigerianische Reis der billigeren „beninischen" Konkurrenz im Wettbewerb unterlegen.

In Kürze soll ein Treffen der beiden Präsidenten stattfinden. Doch die Stimmung ist vergiftet – sowohl in Benin als auch in Nigeria sind politische und ökonomische Interessen eng miteinander verwoben.

Für die beninische Volkswirtschaft und den Staatshaushalt sind erhebliche negative Auswirkungen zu befürchten. Der informelle Handel mit Nigeria trägt nach Angaben der Weltbank etwa 20 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt bei. 15 bis 20 Prozent der Steuereinnahmen stammen aus dem Warenverkehr mit seinem Nachbarn. Bester Indikator der Krise ist der bereits um 50 bis 75 Prozent gestiegene Preis für „*kpayo*", das geschmuggelte, neben der Straße vertickte Benzin. Bisher kostete es aufgrund hoher Subventionen in Nigeria nur die Hälfte des offiziellen Tarifs. Für den Personennahverkehr, der sich zu 90 Prozent aus der illegalen Quelle versorgt, bedeutet dies eine proportionale Kostensteigerung, die alle Nutzer von Autos und Motorradtaxis empfindlich trifft.

Auch nigerianische Verbraucher und Händler, vor allem in den an der Grenze gelegenen Bundesstaaten, beklagen sich über Versorgungsengpässe und Preissteigerungen und stellen den Sinn der Aktion in Frage. In der Tat erscheint es zweifelhaft, ob temporäre protektionistische Maßnahmen allein auf kurze Sicht zu einer Erhöhung des Selbstversorgungsniveaus in Nigeria führen können. In den vergangenen fünf Jahren wurde eine erhebliche Zunahme der Reisproduktion verzeichnet, die aber die Nachfrage weder quantitativ noch qualitativ befriedigt. Auch eine vollständige und permanente Überwachung der Grenze (und der Zöllner) durch zusätzliche Sicherheitskräfte erscheint langfristig kaum möglich. Dennoch wird das Vorgehen der Regierung in Nigeria grosso modo befürwortet, entfalteten doch frühere Abmachungen mit Benin wenig Wirkung.

Der ökonomische Druck zeigt erste Wirkungen bei den Beteiligten: Die

beninische Regierung hat die eigenen Zollbeamten an ein zwischen den beiden Ländern im Jahr 2003 geschlossenes Abkommen erinnert, welches den Export von insgesamt 29 Produktgruppen nach Nigeria verbietet. In Kürze soll ein Treffen der beiden Präsidenten stattfinden, um nach Lösungen zu suchen. Doch die Stimmung ist vergiftet, da sowohl in Benin als auch in Nigeria politische und ökonomische Interessen eng miteinander verwoben sind.

Eine wichtige Rolle spielt dabei der Nigerianer Aliko Dangote, reichster Mann Afrikas und Herrscher über ein Wirtschaftsimperium, zu dem Transport- und Zementunternehmen gehören; seit einiger Zeit ist er zunehmend im Getreidesektor engagiert. Sein Einfluss auf wirtschaftspolitische Beschlüsse der nigerianischen Regierung ist unbestritten; und es dürfte ihn maßlos verärgert haben, dass die Einfuhr seines Zements in Benin mit einer Sondersteuer belegt wurde. Er führt das auf eine Initiative des beninischen Präsidenten Patrice Talon zurück, ein ebenfalls reicher und erfolgreicher Geschäftsmann, der noch sehr gute Verbindungen zu seiner früheren Firma „*Benin Control*“ unterhält. Ihr wurde nach seiner Amtsübernahme die Steuerung des Importkontrollprogramms „*Programme de Vérification des Importations*“ übertragen.

Die beninische Regierung wäre also gut beraten, sich dem östlichen Nachbarn wieder anzunähern: politisch, ökonomisch – und persönlich.

Dieses Engagement beschert dem Unternehmen ein gutes Auskommen, da es nicht nur den Grenzverkehr, sondern auch die die Importe im Hafen von Cotonou überwacht. Dangote ist befreundet mit Sébastien Adjavon, erfolgreicher Unternehmer aus Benin – und schärfster politischer Konkurrent des aktuellen Präsidenten. Trotz eines vom Afrikanischen Gerichtshof aufgehobenen Urteils eines beninischen Gerichts musste dieser kurz nach Talons Amtsübernahme ins französische Exil fliehen, von wo aus er weiter die beninische Opposition unterstützt. Nur wenige Tage nach Beginn des Handelskriegs trafen sich Dangote und Adjavon in Paris.

Olusegun Obasanjo, Ex-Präsident Nigerias und weit über Afrika hinaus bekannt, ist seinerseits gut mit Boni Yayi, dem Vorgänger Talons, befreundet. Beide sind Yorouba; und während ihrer sich überlappenden Amtszeit hat Obasanjo seinen Kollegen Yayi nach Kräften unterstützt. Im Mai 2019, nach den gewaltsamen Protesten im Anschluss an die Parlamentswahlen im Benin, von denen die Opposition ausgeschlossen war, wurde Yayi de facto unter Hausarrest gestellt, weil die Regierung ihn

als einen der Urheber der Unruhen sah. Obasanjo wandte sich daraufhin an die Führung der ECOWAS sowie seinen Nachfolger und bat diese um Intervention. Bei einem anschließenden Treffen zwischen Buhari und Talon wurde das Thema offiziell nicht angesprochen; wenige Tage später wurde jedoch die Belagerung von Yayis Domizil aufgehoben.

Obasanjo und Dangote dürften ihren Einfluss auf Buhari geltend gemacht haben, um dessen Vorbehalte gegen Talon zu verstärken. Dieser hat sich aus nigerianischer Sicht zu wenig um gute Kontakte mit dem großen Nachbarn bemüht. Mit Sorge hat die nigerianische Regierung auch die jüngste politische Entwicklung im Benin verfolgt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen in Cotonou und im Norden des Landes haben Zweifel an der langfristigen Stabilität des westlichen Nachbarn geschürt. Nigeria hat an seinen Grenzen zu Kamerun und dem Tschad sowie mit dem dschihadistischen Einfluss im Norden des Landes genug zu tun, um seine Sicherheit und Integrität zu bewahren. Eine weitere Baustelle im Westen kann man nicht brauchen.

„Wenn sich Nigeria erkältet, muss Benin niesen“, ist eine häufig benutzte Redewendung in Cotonou. Abuja scheint aber aktuell so „verschnupft“, dass Benin Gefahr läuft, eine ausgewachsene Lungenentzündung davonzutragen. Die beninische Regierung wäre also gut beraten, sich dem östlichen Nachbarn wieder anzunähern: politisch, ökonomisch – und persönlich.



Hans-Joachim Preuss
Cotonou

Hans-Joachim Preuß vertritt als Auslandsmitarbeiter die Friedrich-Ebert-Stiftung in Cotonou, Benin. Zuvor war er im In- und Ausland für GTZ, Welthungerhilfe und GIZ tätig.